



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/281 - 14. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Pariser Bilanz</u> Strauss muss seine Atompläne begraben Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	94
3 - 4	<u>Was wird aus der ADK?</u> Steuergelder für CDU-Propaganda	56
4	<u>Stossrichtung Bundesrepublik</u> Zur Moskauer Kampagne gegen Heusinger	19
5 - 6	<u>Die "kremische Schenkklappe" der CDU</u> Auseinandersetzungen um die Gemeinschaftsschule Von * * *	53
7	<u>Ingarns aussenpolitischer New Look</u> Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	53

* * *
* *

Pariser Bilanz

Strauss muss seine Atompläne begraben

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Der Chronist des Geschehens in Paris ist etwas verlegen, wenn er darstellen soll, was "der Westen" nun wirklich zu tun gedenkt, um jener Situation Herr zu werden, die man seit 1949 "die Ost-West-Spannung", seit 1958 "die Krise um Berlin" und seit dem 13. August 1961 "die verschärfte Berlin-Krise" zu nennen pflegt. Besagter Chronist wird feststellen dürfen, dass der Westen stärker geworden ist, dass sich seine militärische Verteidigungskraft entsprechend den Forderungen der Waffentechnik vergrössert hat, dass man "bereit" ist, falls Moskau angreifen sollte, und dass schliesslich der gemeinsame Wille vorhanden ist, jeden Versuch des Kommunismus, *n o c h* aggressiver zu werden, "mit entsprechenden Mitteln" abzustoppen. Das ist viel, und niemand sollte sagen, der Westen habe das vergangene Jahrzehnt nutzlos vorübergehen lassen.

Auf der anderen Seite ist Moskau weder schwächer noch konzessionsfreudiger geworden, sondern spielt im Bewusstsein, auch eine Weltmacht zu sein, mit vielen Hebeln, deren militärisch und politisch alternativ wirkende Kraft die westlichen Vorstellungen von Moral, Freiheit und Humanitas ignoriert.

Auf die Konferenzsituation bezogen bedeutet dies, dass man auf der Stelle tritt und die Hoffnung hegt, man werde eines Tages doch nicht nur der Stärkere, sondern auch der Klügere sein.

* * *

Aber sprechen wir von den bisherigen Beratungsergebnissen in Paris. Die westlichen Aussenminister sind sich natürlich einig. Sie wollen Kundschafter ausschicken, um zu klären, was Herr Chruschtschow eigentlich will. Sie wollen verhandeln und in Berlin fest bleiben. An den Rechten der Alliierten in Westberlin darf nichts geschmälert werden und die Westberliner sollen frei bleiben. Staatspräsident de Gaulle und sein Aussenminister Couve de Murville meinen zwar, das sei alles selbstverständlich und man brauche deshalb in Moskau nicht noch anzufragen, wie es weitergehen soll, aber stören wollen sie die guten Absichten von Washington und London nicht.

Dass de Gaulle in Wahrheit darüber böse ist, nicht zur Mitgliedschaft in den Atomclub aufgefordert zu werden und *d e s w e g e n* abseits bleibt, darüber spricht man in Paris höflicherweise nicht ...

Bundesaussenminister Schröder gibt sich lächelnd. Manchmal etwas schief lächelnd, aber trotzdem munter. Er lässt durch den beflissenen Herrn von Eckart die nachrichtenhungrigen Journalisten wissen, dass die Konferenz ein grosser Erfolg sei und tritt damit in die Fußtapfen seines Kanzlers, der ja auch in Paris immer nur Erfolge erringt.

* * *

Die Amerikaner und Engländer scheinen die Vorstellung zu haben, dass Chruschtschow in Europa zu einem "Modus vivendi" kommen will, zu einer Situation, in der Moskau seine Westflanke absichert, um sich in aller Ruhe der unvermeidlich gewordenen Auseinandersetzung mit Peking widmen zu können. Diese Vorstellung ist Allgemeingut geworden, aber wie man ihr begegnen soll, ist noch offen.

Die einen sagen, man solle Chruschtschow in seinem "chinesischen Pett" schmoren lassen, die anderen, man müsse aufpassen, dass der Kremischef nicht unter die Räder gerät und an seiner Stelle ein Mann oder eine Gruppe die Oberhand gewinnt, die den ganzen Ostblock auf die Linie Peking bringt. Kennedy und Macmillan scheinen zu der ersten Gruppe zu gehören und verhalten sich entsprechend. Die übrigen NATO-Mitglieder sind schwankend in der Beurteilung der Bewegungen im Ostblock und scheinen bereit zu sein, ihre Entscheidung auf die Zeit zu vertagen, da sie wissen, welche Haltung Kennedy und Macmillan demnächst auf den Bermudas festlegen werden.

* * *

Damit schliesst sich eigentlich schon der Kreis der Betrachtungen über die Pariser Konferenzserie. Zugegeben, das ist nicht viel, es ist aber doch der Hinweis darauf, dass manches in Bewegung geraten ist, was noch vor einigen Wochen erstarrt zu sein schien.

* * *

Im militärischen Bereich der Konferenzen hat sich eine Entwicklung abgezeichnet, die man noch vor kurzem für unmöglich gehalten hatte. Vor den europäischen Parlamentariern schob General Forstad alle Pläne zur Erweiterung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen beiseite und plädierte für eine westliche Verteidigungspolitik, deren Stärke in der konventionellen Bewaffnung liegen soll und die von der Voraussetzung ausgeht, dass Atomwaffen nur "im äussersten Fall" eingesetzt werden. Die Amerikaner haben ihre Verbündeten wissen lassen, dass für sie das Thema "NATO - vierte Atommacht" nicht zur Debatte steht. Damit setzte sich - das sei mit aller Bescheidenheit registriert - der SPD-Standpunkt durch, der bekanntlich die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über Atomwaffen als militärisch sinnlos und politisch gefährlich bezeichnete.

* * *

Willy Brandt hat in Paris einen starken Eindruck hinterlassen. Seine Rede vor dem WEU-Parlament erhielt ihre Bedeutung für den weiteren Konferenzverlauf weniger dadurch, dass der "Regierende" noch einmal die bekannten Grundsatzthesen für eine Politik der Erhaltung und Sicherung der Freiheit in Berlin herausstellte, als vielmehr durch die starke Überzeugungskraft, mit der Brandt den Friedenswillen der Berliner Bevölkerung und des deutschen Volkes hervorhob. Im besten Sinne des Wortes wurde Willy Brandt zum Botschafter einer Haltung, die über das Militärische hinaus in den Bereich des Politischen vorstösst. Die Rede von Willy Brandt enthielt auch einen Satz, dessen Bedeutung Aufmerksamkeit erregte. Der Regierende Bürgermeister sprach von der Notwendigkeit, dass sich die Westmächte auf eine geschlossene Konzeption in der Deutschlandfrage vorbereiten müssen, "damit diese Karte nicht in falsche Hände fällt".

Dieses Wort Willy Brandts wurde als der Hinweis darauf gedeutet, dass die Deutschlandfrage mit allen ihren Aspekten möglicherweise bald wieder auf dem internationalen Verhandlungstisch liegen wird, und dass der Westen für diesen Fall besser vorbereitet sein muss, als seinerzeit vor der grossen Aussenministerkonferenz in Genf im Jahre 1959.

Willy Brandt hat sich damit das Verdienst erworben, den grossen Rahmen angedeutet zu haben, der um das Berlin-Problem gespannt ist, und den mancher nicht mehr zu sehen scheint, der heute viel und lautstark von Berlin redet.

+ + +

Was wird aus der ADK?

sp - Um die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" (ADK) häuften sich in letzter Zeit personelle und finanzielle Affären, die geeignet waren, etwas Licht hinter die Kulissen dieses Münchener Vereins zu werfen. So verurteilte das Amtsgericht Lörrach einen Redner der ADK wegen unberechtigter Führung akademischer Grade zu 100,- DM Geldstrafe; er war gleichzeitig Bezirksvorsitzender der "Jungen Union" im Oberwesterwald. Im Bundestagswahlkampf hatte dieser Mann etwa 4 Versammlungen mit dem Grundthema "Das neue Mäntelchen der SPD" abgehalten, die von der ADK finanziert worden waren.

Wenig später kam es in München zu internen Differenzen bei der ADK. Dort wurde der bisherige "Landesbeauftragte" wegen angeblicher "Missachtung von Vorstandsbeschlüssen" und finanzieller Veruntreuungen entlassen. Der ADK-Funktionär, gegen dessen Tätigkeit man acht Jahre nichts einzuwenden hatte, setzte sich zur Wehr, indem er behauptete, er habe sich lediglich dagegen gewandt, "daß die aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Gelder für parteipolitische Zwecke mißbraucht" würden. Kaufmann hatte darauf hingewiesen, daß der Vorstand der ADK in Bayern "ausschließlich aus CSU-Funktionären" bestünde. Dieser habe z.B. eine vor der Wahl vorgeschlagene Aktion gegen die "Deutsche Friedens-Union" abgelehnt, weil er sich von dieser Partei eine Schwächung der SPD erhoffte. Aus dem Streit erwachsen einige Prozesse, die noch nicht alle abgeschlossen sind.

Immerhin sollten diese Skandalaffären Veranlassung geben, die Tätigkeit der ADK auch auf der Bundesebene endlich einmal gründlich zu überprüfen. Bisher war das wegen der strikten Ablehnung aller Vorstöße der Oppositionsparteien durch die CDU/CSU nicht möglich. Jetzt ist aber die FDP Koalitionspartner geworden. Die Freien Demokraten haben die ADK-Propaganda, so lange sie in der Opposition waren, mit dem größten Mißtrauen verfolgt und oft starke Kritik geübt. Sie bezeichneten die ADK damals als eine Einrichtung, die "unentwegt dazu mißbraucht" würde, "völlig einseitig die Politik der CDU-Bundesregierung zu popularisieren". Die Meinung der Opposition werde nur dann wiedergegeben, schrieb das FDP-Organ, "Das Freie Wort", wenn sich eine Harmonie mit der Regierung ablesen lasse. Sonst würden die Stellungnahmen der Opposition fast ausnahmslos un-

terdrückt. Daß aber jährlich große Summen an Steuergeldern für die CDU-Propaganda eingesetzt würden, heißt es weiter, könnten die anderen demokratischen Parteien nicht zulassen. "Wo kämen wir hin, wenn jede Regierung mit den Steuergeldern aller Wähler Propaganda zu ihren Gunsten betriebe?"

Dieser Auffassung war stets auch die SPD, die im Bundestag bisher ohne Erfolg Vorstöße unternahm, um Klarheit über die Finanzierung der ADK zu erhalten. Die CDU-Mehrheit lehnte jedoch allemal die Offenlegung des Geheimnisses des Bundeskanzlers (Titel 300 des Bundeskanzlerhaushalts in Höhe von 13 Mill. DM) ab. Lediglich über die Zuwendungen aus Fonds des Bundespresse- und Informationsamtes, die in die Hunderttausende gehen, wurde einiges bekannt. - Inzwischen hat die FDP zu verstehen gegeben, sie verlange Einblick in Adenauers Mittel und wolle darüber mit der CDU verhandeln. Darauf wird man gespannt sein dürfen. Denn das Ergebnis kann nur die Änderung der bisherigen einseitigen politischen Ausrichtung der ADK sein, und diese kann nicht ohne personelle Veränderungen in dieser Institution vor sich gehen. Wird die FDP in der Koalition stark genug sein, sich in dieser keineswegs politisch grundsätzlichen Frage durchzusetzen?

* * *

Stoßrichtung Bundesrepublik

sp - Nicht einmal bei naiven Gemütern dürfte die sowjetrussische Propagandakampagne gegen General Heusinger, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, verfangen. General Heusinger genießt bei den Verbündeten allgemeine Wertschätzung, und hier handelt es sich immerhin um Staaten, gegen die das Dritte Reich Krieg geführt hat. Niemals hätten sie einen Mann akzeptiert und in hohe Stellungen berufen, würde auch nur der leiseste Zweifel über seine Integrität und Zuverlässigkeit bestehen. General Heusinger gehörte immerhin als Mitwisser zu den Männern des 20. Juli, und er hat seitherzeit in einem Tagesbefehl die Bundeswehr auf jene Werte verpflichtet, für die Männer und Frauen des 20. Juli ihr Leben hingaben - Werte übrigens, die in der totalitären Welt des Kommunismus keine Geltung haben. Die russischen, durch nichts begründeten Anklagen gegen Heusinger sind außerdem eine Beleidigung der NATO-Staaten, wird ihnen doch zugemutet, sich von einem "Kriegsverbrecher" beraten zu lassen. So absurd auch diese Behauptungen sind, so müssen sie doch für die Biffamierung der Bundesrepublik herhalten. Moskau sagt zwar Heusinger meint aber die neue deutsche Demokratie, deren Vertrauen, das sie heute in der Welt besitzt, untergraben werden soll. Ein Ende dieser Verleumdungskampagne ist nicht abzusehen. + + +

Die "bremische Scheuklappe" der CDU

Von * * *

Die Auseinandersetzung um die RJWG-Novelle mit ihrer selbstverwaltungsfeindlichen Tendenz treibt hier und da seltsame Blüten.

So wird in Nr. 19/61 der Kommunal-Politischen Blätter der CDU gegen verschiedene Aufsätze des Leiters des Bremer Jugendamtes, Oberregierungsrat Stahl, und seine "Bremer Sicht" der Novelle polemisiert. Dass dabei dem selbstverständlich zur parteipolitischen Neutralität in seiner Amtsführung verpflichteten Amtsleiter eine von der Auffassung des Bundesfamilienministers abweichende kritische Stellungnahme zu einem Gesetzentwurf dieses Ministeriums als Verstoss gegen diese Neutralität ausgelegt wird und im Hintergrund dieser Argumentation das Ideal des allzeit gehorsamen, nur verhalten am Stammtisch räsonnierenden Beamten aufschimmert, mag noch hingehen.

Bemerkenswerter ist schon, dass eine Auseinandersetzung mit der Kritik des Angegriffenen gänzlich fehlt und statt dessen nach dem Zitat einiger Stellen aus den beanstandeten Aufsätzen urplötzlich zwei ganz andere Dinge in den Mittelpunkt rücken: Herr Stahl hält die Konfessions-Schule für eine traurige und die Gemeinschaftsschule für eine erfreuliche Wirklichkeit; das haben auch die Nazis getan, also scheint der Herr Stahl ein Nazi zu sein.

Hier hört nun die Gemütlichkeit auf. Diese Gleichsetzung, der sich gerade Teile der bremischen CDU leider mit Fleiss und Vorliebe bei ihren Angriffen gegen das bremische Schulwesen bedienen, ist falsch und böartig.

Die bremische Gemeinschaftsschule ist, weil das Grundgesetz aus Respekt vor der sehr verschiedenartigen Schultradition in Deutschland den Ländern die Bestimmung der Schulform überliess, genau so verfassungsgemäss wie z.B. die Konfessions-Schule in Bayern. Diese Schulform hat in Bremen eine lange Tradition. Es gab sie längst vor der NS-Zeit. Der erste Versuch, sie zu beseitigen, wurde im nationalsozialistischen Konkordat gemacht, das ohne verfassungsrechtliche Legitimation die Einführung von Konfessionsschulen im ganzen Reich vorsah.

Es ist nicht zu bestreiten, dass es den NS-Machthabern mit der Durchführung dieser Bestimmungen nicht ernst war und sie später das Gegenteil des vertraglich zugesicherten taten: Sie bedrängten und beseitigten die Konfessions-Schulen dort, wo sie herkömmlich waren, z.B. in Preussen.

Diesen totalitären Experimenten mit der Schule machten die neuen Landesverfassungen ein Ende. Sie knüpften an die Schultradition der verschiedenen Länder (auch der verschiedenen Parteien) wieder an und das Grundgesetz sanktionierte diese Verschiedenheit der Entwicklung, weil es sich als unmöglich erwies, über die Schulform eine Mehrheitsentscheidung zu treffen, ohne in einer Reihe von Ländern schulischen und konfessionellen Unfrieden heraufzubeschwören.

So wurde auch die herkömmliche bremische Schulform bestätigt und in den ehemals preussischen Gebietsteilen Bremens eingeführt.

Diese sehr differenzierte Entwicklung und Problematik mit dem Holzhammer auf den Leisten einer glücklicherweise überwundenen Kulturkampfpolitik zu schlagen, zeigt, wie sehr die liberale Tradition der Hansestädte, ohne die ihre Weltoffenheit und Unabhängigkeit undenkbar wären, einigen christlich-demokratischen Heißspornen ein Dorn im Auge ist.

+ + +

Ungarns außenpolitischer New Look

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Es mag ein Zufall gewesen sein, daß die erste Pressekonferenz dreier ungarischer Minister, darunter des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gyula Kallai, mit westlichen Journalisten seit der Revolution von 1956 gerade in die Zeit unmittelbar nach dem Moskauer Parteikongreß fiel. Aber selbst wenn es so wäre, sollte man doch dieses Budapestereignis in diesen weiteren Rahmen sehen, wenngleich dabei auch die zwischenstaatlichen Aspekte die ideologisch-parteilichen eindeutig überschatteten. Denn bemühten sich auch die westlichen Journalisten sehr um verbindliche Antworten zu dem aufgebrochenen ideologischen Disput innerhalb der kommunistischen Welt, war das Anliegen der ungarischen Minister offensichtlich ein anderes: Budapest aus der Isolierung herauszuführen, in die es gegenüber dem Westen durch die Niederschlagung der Revolution mittels sowjetischer Intervention geraten ist.

Dieses Erbe belastet die ungarischen Führer sicherlich nicht erst seit neuester Zeit. Für sie, die teilweise selbst Opfer des ungarischen Stalinismus gewesen sind und denen man einen gewissen Liberalismus gomul-kischer Prägung nicht ohne weiteres absprechen kann, mußte es besonders unerträglich sein, sich Jahr für Jahr als Anklageobjekt in der UNO zu sehen. Eine weitgehende Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse, insbesondere die unter großzügiger Hilfe des Ostblocks recht erfolgreich durchgeführte wirtschaftliche Sanierung, dürften im Zusammenhang mit den Koexistenzparolen Chruschtschows auch für Budapest das Startzeichen zu einer breiteren "Freundschaftsoffensive" gegenüber dem Westen gegeben haben.

Darin ist die Journalistenaktion sicherlich nur ein Aspekt. Sicherlich käme ihr noch geringere Bedeutung zu, hätte man nicht bei diesem Anlaß deutlich an die amerikanische Adresse appelliert, doch endlich das leidige Problem des ungarischen Kardinals Mindszenty zu lösen. Die Voraussetzungen dafür scheinen nach der Erklärung des Vatikans, er sei gewillt, den seit fünf Jahren in der Budapest US-Botschaft zur absoluten Passivität Verurteilten als Kurienkardinal zu akzeptieren und auf eine Rückreisserlaubnis nach Ungarn für ihn allemal zu verzichten, günstiger geworden zu sein, als man es noch unlängst annehmen konnte. Daß Mindszenty heute innerhalb Ungarns wegen seiner Erklärungen während der Revolution und Flucht in die amerikanische Botschaft wieder zugkräftiges politisches Symbol noch heldisch-mythischer Märtyrer ist, dürften auch seine Asylgewährer wissen, die durch ihren Schützling einerseits kaum allzuviel an Ansehen gewonnen haben, andererseits an jeder aktiven Politik gegenüber Budapest behindert sind.

Dies könnte sich noch negativer nach dem angekündigten Besuch des UN-Generalsekretärs U Thant in Ungarn auswirken. Man kann schon jetzt annehmen, daß allein die Tatsache dieser Reise, die die ungarische Regierung dem früheren Generalsekretär Hammarskjöld niemals gewährte, den Ungarnbericht des UN-Sonderbeauftragten für Ungarn, Sir Leslie Munro, abwerten wird, worin dieser feststellte, das Kadar-Regime halte sich nur auf Hilfe der sowjetischen Truppen. Soll diese These glaubwürdig erscheinen, sollte der Westen nichts unversäumt lassen, um seinerseits die Voraussetzungen für den Abzug der Roten Armee aus Ungarn zu erleichtern. Ob sich Ansätze hierfür möglicherweise in dem westinteressierten New Look Budapests finden, ist zumindest ernste Überlegungen wert.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel